

werden kann, dass eine nachhaltige Vernetzung und Verankerung Kieler Interessen in Brüssel aufgebaut wird,

- und ob für die Interessenvertretung und der Aufbau transnationaler Netzwerke zur gemeinsamen Projektbeantragung u.a. das Städtenetzwerk Eurocities, UBC (Union of Baltic Cities) und CECICN (Conference of European Cross-border and Inerregional City Networks) genutzt werden können.

Im Wirtschafts-, Kultur-, und Sozialausschuss soll regelmäßig, insbesondere über alle der Stadt bekannten laufenden Projekte und Projektplanungen, soweit für diese die Projektträger ihr Einverständnis gegeben haben, aus dem Kieler Stadtgebiet berichtet werden.

Begründung:

Die Förderprogramme der EU bieten eine gute Möglichkeit, Aktivitäten zu unterstützen, die aufgrund der Haushaltskonsolidierung nicht durchgeführt werden könnten. Außerdem bringen sie Chancen mit sich, den Internationalisierungsgrad und die Standortvermarktung Kiels zu verbessern, die im nationalen Vergleich zu niedrig sind.

Darüber hinaus besteht ein starkes Interesse an der Stärkung der Zivilgesellschaft als Träger kultureller, sozialer, integrativer aber auch wirtschaftsfördernder Maßnahmen und der Mitwirkung der Bürger/-innen am Stadtgeschehen. Insoweit hat die Landeshauptstadt ein vitales Interesse in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren Projekte zu realisieren bzw. diese bei der Beantragung und Durchführung von Projekten zu unterstützen. Dies gilt auch für Partner aus der Kiel Region. Die Europäische Regionalpolitik ermöglicht in der aktuellen Förderperiode durch einen stärkeren funktionalen Ansatz nicht nur die Förderung der städtischen Dimension oder des ländlichen Raums, sondern trägt auch neuen Formen der gemeinschaftlichen Regionalentwicklung wie z. B. Stadt-Umlandpartnerschaften oder Zusammenschlüssen von Kommunen stärker Rechnung. Dafür können Fördermittel aus den verschiedenen Strukturfonds kombiniert werden.

Die Landeshauptstadt verfügt über ein starkes internationales Netzwerk durch ihre Mitgliedschaften in internationalen Organisationen, z.B. Union of Baltic Cities/UBC oder Eurocities, und durch die Städtepartnerschaften und -freundschaften. Diese Kontakte können für zivile Träger von Projekten von großer Bedeutung sein, wenn sie nicht selbst über eigene Netzwerke verfügen. Die Förderungen der EU sind häufig an die Mitwirkungen internationaler Partner gebunden.

Die EU will eine neue europäische Städtepolitik voranbringen. Auch die niederländische Ratspräsidentschaft im Jahr 2016 hat sich u.a. zum Ziel gesetzt, die Städtepolitik zu fokussieren. Die EU arbeitet derzeit an der Verwirklichung einer Städteagenda, da sie erkannt hat, dass ohne Städte die strategischen Ziele der EU wie Armutsbekämpfung, bessere Bildungschancen oder die Wachstumsstrategie Europa 2020 nicht erreichbar sind. Etwa 70 Prozent aller Europäer/-innen leben in Städten, aber nur ein Bruchteil der europäischen Fördergelder kommt bisher dort an. Auch Kiel sollte die Chance nutzen, dieses Umdenken in der EU mit eigenen Ideen zu unterstützen und mit Förderanträgen zu nutzen.

gez. Ratsherr Wolfgang Schulz f.d.R.
gez. Ratsfrau Özlem Ünsal
SPD-Ratsfraktion

gez. Ratsherr Dirk Scheelje f.d.R.
Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

gez. Ratsherr Sven Seele f.d.R.
SSW-Ratsfraktion

